

Euro

Europhorie zum Eurostart

Ist sie nun da, die neue Weltwährung, der mächtige Gegenspieler zum bislang dominierenden Dollar? Ist „Euroland“ seit Neujahr auch ein ernstzunehmender politischer „global player“, dessen Machtinstrumente keine (gemeinsamen) Raketen sind, sondern der politischen Einfluß aufgrund seiner wirtschaftlichen Kraft besitzt?

Beantwortet werden können diese Fragen nur mit Nüchternheit und Realitatsinn. Sicherlich hat der Euro die Chance, eine bedeutende internationale Währung zu werden, überzogene Erwartungen sind freilich abzubauen. So wird er den Unternehmen nicht so große Vorteile bringen, wie sie bisweilen glauben. Der Wettbewerb wird härter, und ein fester Euro bringt auch Aufwertungs Nachteile. Die Arbeitnehmer sollten im Interesse ihrer Arbeitsplätze bei ihren Lohnforderungen noch mehr als bisher über die nationalen Grenzen schauen. Die Politiker müssen ihre Versprechungen hinsichtlich der positiven Beschäftigungs- und Wachstumswirkungen des Euro bei leeren Kassen erfüllen, wobei sie meist zweifelhafte ordnungspolitische Vorstellungen haben. Zudem können falsche Weichenstellungen zur Agenda 2000 und nationale Schief lagen in der Finanzierung des EU-Haushaltes zur Belastung werden.

Wir alle müssen uns daran erinnern, daß die Europäische Wahrungunion noch lange nicht den Binnenmarkt vollendet hat – hier sind noch viele Hindernisse zu beseitigen – und daß die Wahrungunion ein Vertrag zwischen weiterhin verfassungsrechtlich autonomen Nationalstaaten ist, die nach wie vor wenig Interesse an einer politischen Union zeigen. Die Académie Française hat recht: Es gibt kein „Euroland“, sondern nur so etwas wie eine „zone euro“.

ww

Bundshaushalt 1999

Auflösung der Schattenhaushalte

Bundesfinanzminister Lafontaine plant, die sogenannten Schattenhaushalte des Bundes aufzulösen und in den Kernhaushalt zu integrieren. Damit soll dem Grundsatz der Vollständigkeit und Einheit des Haushaltsplans sowie der Haushaltsklarheit und -wahrheit wieder stärker Rechnung getragen werden. Die alte Regierung hatte die Finanzierung staatlicher Aufgaben über Sonderrechnungen, insbesondere in Zusam-

menhang mit der Deutschen Einheit, stark ausgeweitet. Außerordentliche gesellschaftliche Ausgaben sollten sichtbar getrennt von den „normalen“ Ausgaben im Bundshaushalt ausgewiesen werden.

Im Erblastentilgungsfonds zum Beispiel, mit einem Schuldenstand zur Jahresmitte 1998 von 304 Mrd. DM der mit Abstand größte der insgesamt rund 16 Schattenhaushalte des Bundes (Gesamt schuldenstand rund 500 Mrd. DM), werden seit 1995 die wesentlichen Elemente der finanziellen Erblast der ehemaligen DDR zusammengefaßt, verzinst und getilgt. Die Einnahmen des Erblastentilgungsfonds speisen sich aus feststehenden jährlichen Zuführungen aus dem Bundshaushalt sowie dem Teil des Bundesbankgewinns, der den Betrag von 7 Mrd. DM übersteigt. Bei hohem Bundesbankgewinn und niedrigeren Kapitalmarktzinsen kann sich hier – wie im letzten Jahr – ein beträchtlicher Finanzierungsberschu ergeben. Auch bei anderen Sonderrechnungen können Überschüsse entstehen. 1997 wiesen die Schattenhaushalte des Bundes insgesamt einen Überschuß von 13 Mrd. DM aus, 1998 war ein Betrag von 18 Mrd. DM veranschlagt, und für 1999 wird mit einem Plus von 6 Mrd. DM gerechnet.

Es ist anzunehmen, daß es dem Bundesfinanzminister nicht nur um mehr Haushaltstransparenz, sondern auch darum geht, künftige Finanzierungsberschsse aus dem Schatten der Sonderrechnungen in das Licht des Bundshaushalts zu bringen. Durch eine solche Operation wird nämlich der – 1999 sehr enge – Spielraum bei der Einhaltung der Schuldengrenze im Bundshaushalt nach Artikel 115 des Grundgesetzes erweitert, ohne daß sonst schmerzhaftes Ausgabenkürzungen vorgenommen werden müssen. ws

Gesetzliche Krankenversicherung

Stärkung der Solidarität

Zu Beginn dieses Jahres ist das Gesetz zur Stärkung der Solidarität in der Gesetzlichen Krankenversicherung, welches als sogenanntes Vorschaltgesetz der für das Jahr 2000 geplanten Gesundheitsstrukturreform vorausgeht, in Kraft getreten. Das Gesetz sieht die Reduzierung von Zuzahlungen und Leistungsausgrenzungen, die Aussetzung des Krankenhausnotopfers, die Rücknahme von Elementen der privaten Versicherungswirtschaft aus dem System der gesetzlichen Krankenversicherung und die vorläufige Ausgabenbegrenzung für die wichtigsten Leistungsbereiche der gesetzlichen Krankenkassen vor.

Laut Berechnungen des Bundesgesundheitsministeriums werden die Neuregelungen zu Mehraus-

gaben von 1,1 Mrd. DM führen. Gleichzeitig werden von der Einbeziehung geringfügig Beschäftigter in die gesetzlichen Krankenversicherung, der Aussetzung des Demographiefaktors in der Rentenversicherung und der Budgetierung der Arzneimittelausgaben positive Budgeteffekte in Höhe von 1,5 Mrd. DM erwartet, so daß sich, glaubt man diesen Zahlen, eine solide Gegenfinanzierung einstellt. Die Spitzenverbände der Krankenkassen lassen hingegen verlauten, daß bei der Gegenfinanzierung des Gesetzes eine Finanzierungslücke in Höhe von 2 Mrd. DM zu erwarten ist.

Sollten sich die seitens der gesetzlichen Krankenkassen geäußerten Befürchtungen bewahrheiten, wäre in der Konsequenz eine Anhebung der Beitragssätze wohl nicht zu vermeiden. In diesem Fall besteht die Gefahr, daß die vorgesehene Absenkung der Beitragssätze in der Rentenversicherung im Rahmen der ökologischen Steuer- und Abgabenreform durch die Anhebung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse aufgezehrt werden könnten. Dann gefährdet die mit dem Gesetz intendierte Stärkung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenkasse das erklärte Ziel der neuen Regierung, die Lohnnebenkosten zu senken. st

Tarifpolitik

Lohnzurückhaltung sinnvoll

Auch unter der neuen Bundesregierung findet das alljährlich wiederkehrende Ritual statt, daß Politiker von Gewerkschaftsseite auf die Tarifautonomie hingewiesen werden. Mit seiner Forderung nach einer Fortsetzung der maßvollen Lohnpolitik in diesem Jahr hat sich Wirtschaftsminister Müller prompt der Kritik der Gewerkschaften ausgesetzt, die sich eine Einmischung durch Regierungsmitglieder in die Tarifpolitik verbieten. Dabei hat der Wirtschaftsminister keineswegs den Verzicht auf eine Erhöhung der Realeinkommen der Arbeitnehmer gefordert, sondern maßvolle Lohnabschlüsse unter Berücksichtigung der von Regierungsseite durch die erste Stufe der sogenannten Steuerreform und der Kindergelderhöhung bereits erzielten höheren Einkommen verlangt.

Hinter der scharfen Reaktion der Gewerkschaften auf die Äußerungen des Wirtschaftsministers steht vor allem die Sorge, daß sie im Rahmen der Verhandlungen über ein Bündnis für Arbeit zu lohnpolitischen Zugeständnissen verpflichtet werden. Im Gegensatz zu seinem Finanzminister lehnt nämlich Bundeskanzler Schröder eine einseitige Nachfragepolitik ab. Vielmehr zählt für ihn und seine Berater, daß andere Länder mit einer mehrjährigen Lohnzurückhaltung Er-

folg haben. Dies gilt auch für alle Bündnisse für Arbeit in Deutschland, die diese Strategie konsequent verfolgt haben. Selbst wenn das künftige Bündnis für Arbeit keine lohnpolitischen Optionen enthält, gilt es, das Ziel einer bedeutenden Arbeitsplatzschaffung nicht zu gefährden. Deshalb sollten die Gewerkschaften Lohnsteigerungen akzeptieren, die nicht den vollen Produktivitätszuwachs ausschöpfen, aber trotzdem zu einem Zuwachs bei den Realeinkommen führen. Durch die niedrige Inflationsrate ist der Spielraum dafür vorhanden. dw

Telekommunikation

Preiskampf auf dem Telefonmarkt

Nach fast einem Jahr scheinbarer Hilflosigkeit versuchte die Deutsche Telekom, das Heft auf dem Telefonmarkt wieder in die Hand zu nehmen. Ihre privaten Konkurrenten hatten durch aggressive Preisgestaltung – begünstigt durch einen sehr niedrigen Zusammenschaltungstarif – etwa ein Drittel des Marktes für Ferngespräche erobert. Eine radikale Preissenkung der Telekom sollte diesen Trend umkehren und verlorenes Terrain zurückgewinnen. Allerdings schlug die Konkurrenz erwartungsgemäß sofort zurück und unterbot die neuen Telekom-Tarife prompt. Dennoch ist eine Preisspirale nach unten unwahrscheinlich, da auch die privaten Anbieter langfristig ihre Kosten decken müssen und in ihrer Mehrzahl noch weit von der Gewinnzone entfernt sind.

Wesentlich schwerer vorhersehbar ist die zukünftige Entwicklung auf anderen Ebenen: Sollte die Telekom tatsächlich eine Differenzierung der Zusammenschaltungstarife zu Lasten der kleinen Wettbewerber durchsetzen, so würden sich die Machtverhältnisse auf dem Markt für Ferngespräche schlagartig ändern. Schon wird von den mittelständischen Unternehmen die Gefahr eines Kartells der großen Netzbetreiber heraufbeschworen.

Eine ähnliche Wirkung wäre zu erwarten, wenn der im April von der Regulierungsbehörde endgültig festzulegende Preis für den Ortsanschluß deutlich über dem provisorischen Tarif liegen sollte. Die dann notwendigen Investitionen für eigene Teilnehmernetze könnten von den kleinen Wettbewerbern nicht aufgebracht werden – der Markt für Ortsgespräche und damit auch für Internet-Dienstleistungen läge bald in nur wenigen Händen. Die von der Regulierungsbehörde zu Beginn des Jahres zu treffenden Entscheidungen sind also von weitreichender Bedeutung für den Telefonmarkt. cbo